

... «Eine große Zahl von Militanten und Mitkämpfern der FSLN fand in der Interpretation ihres Glaubens die Beweggründe dafür, daß sie sich dem revolutionären Kampf und damit der FSLN anschlossen» ... «Sie alle waren bescheidene Menschen, die ihre Pflicht als Patrioten und Revolutionäre zu erfüllen wußten, ohne sich in lange philosophische Diskussionen zu verstricken.» ... «Die Christen sind also integrierender Bestandteil unserer Revolutionsgeschichte geworden in einem Maß, das für die revolutionären Bewegungen Lateinamerikas und vielleicht der ganzen Welt einmalig ist.»

5. Ich glaube, es muß uns in Nicaragua erlaubt sein, mit unseren Taten, mit unserem Zeugnis ein Wort über Jesus Christus zu sagen und die Christen zu ermutigen und zu begleiten, die in einem geschichtlichen Prozeß stehen, der uns auch etwas über das Wirken des Geistes Jesu sagt und lehrt.

Aus dem Span. übersetzt von Victoria M. Drasen-Segbers

David van Ooijen

Priester in der Politik

Seit 1880 bis heute gehören in den Niederlanden fast ununterbrochen römisch-katholische Priester dem Parlament an. Für protestantische Prediger war das schon eher der Fall. Dieser Tatsache liegt in der niederländischen Gesellschaft die Auffassung zugrunde, daß jeder Bürger des Landes unabhängig von seiner Stellung in der Gesellschaft, von seinem Glauben, seinem Beruf, von der Rasse, der er angehört, und den konkreten Umständen, in denen er lebt, zum Volksvertreter gewählt werden kann. Zwar bestimmte von 1848 bis 1887 das niederländische Grundgesetz, daß Geistliche so lange keine Volksvertreter sein konnten, «wie sie ihre Würde als Hirten bekleiden». Praktisch bedeutete diese Bestimmung, daß römisch-katholische Priester für die Dauer ihrer Tätigkeit als Volksvertreter ihre Arbeit als Pfarrseelsorger oder als Seminardozent aufgeben mußten. Aber der Gesetzgeber hatte nicht die

FERNANDO CARDENAL

1934 in Granada, Nicaragua, geboren. Studium der Humaniora an der Katholischen Universität Quito, Ecuador; Studium der Philosophie an derselben Universität, Studium der Theologie am Collegium Maximum der Jesuiten in Mexiko. 1970 Vizerektor der Mittelamerikanischen Universität von Managua in Nicaragua. 1973–1977 Professor der Philosophie der Erziehung an der Autonomen Nationaluniversität von Nicaragua. Nach dem Sieg der Sandinistischen Volksrevolution wurde er zum Nationalkoordinator des Nationalen Alphabetisierungskreuzzugs «Héroes y Mártires por la Liberación de Nicaragua» ernannt. Derzeit ist er Mitglied des Nationalen Exekutivkomitees der Sandinistischen Jugend, Mitglied der Vereinigung der Direktoren der Mittelamerikanischen Universität und Mitglied des Sandinistischen Rates. Anschrift: Comité Ejecutivo Nacional, Juventud Sandinista 19 de Julio, Apartado 4574, Managua, Nicaragua, Mittelamerika.

Absicht auszuschließen, daß ein solcher Priester nach wie vor als Priester auftreten konnte.

Auch seitens der niederländischen Kirchenprovinz wurde dem Zutritt von Priestern zum Parlament wenig in den Weg gelegt. Nicht nur gaben die Bischöfe oder Ordensoberen die Erlaubnis, die nach dem Kirchenrecht hierzu notwendig war, sondern darüber hinaus hat sich bis 1981 niemals ein Ordinarius in der Öffentlichkeit kritisch über die politischen Auffassungen und Standpunkte eines Priesters, der Parlamentarier war, geäußert.

Auch Rom hat niemals offiziell die Tatsache kritisiert, daß Priester dem niederländischen Parlament angehörten. Der Heilige Stuhl ernannte Dr. H.J.A.M. Schaepman und Dr. W.H. Nolens, die 23 bzw. 35 Jahre Parlamentarier waren, gerade aus Wertschätzung für ihre politischen Aktivitäten zu päpstlichen Hausprälaten. Nolens wurde sogar 1923, als er in den Niederlanden zum «Minister van Staat» ernannt worden war – ein Ehrentitel, der Politikern wegen besonderer Verdienste verliehen wird (der Übersetzer) –, auch vom Heiligen Stuhl mit einem Ehrentitel, dem eines Protonotarius Apostolicus, belohnt.

Insgesamt gehörten bis heute zehn verschiedene römisch-katholische Priester sowohl aus dem

Weltklerus als auch Ordensgeistliche dem niederländischen Parlament als Volksvertreter an. Ihre politische Tätigkeit wurde meistens dadurch beendet, daß sie entweder nicht mehr wiedergewählt wurden oder starben. Nur in einem einzigen Fall fand die politische Tätigkeit eines Priesters als Parlamentarier durch ein Eingreifen der kirchlichen Obrigkeit ihr Ende. Das geschah im Jahre 1981.

Priester in der katholischen Partei

Es ist typisch für die Situation in den Niederlanden, daß seit 1880 Priester sich politisch engagierten als Vertreter und als Führer des katholischen Teiles der niederländischen Bevölkerung. Allgemein lag übrigens ein Streben nach Gleichberechtigung und Emanzipation der niederländischen Katholiken der Entstehung und Entwicklung einer katholischen Partei zugrunde. Ein Priester der Erzdiözese Utrecht, Dr. H. J. A. M. Schaepman (1844–1903), gilt als Gründer dieser Partei und war viele Jahre ihr Führer in der Zweiten Kammer des Parlaments. Sein Nachfolger in dieser Funktion war Dr. W. H. Nolens (1860–1931), der als Führer der wichtigsten Regierungsfraktion jahrelang einen bedeutenden Einfluß auf die Führung der Regierungsgeschäfte ausübte. Während dieser Zeit gaben die Protestanten, die sich vorher gegen die Gleichberechtigung der Katholiken gekehrt hatten, immer mehr ihren Widerstand gegen die katholische Volkspartei auf. Es waren immer mehr die Sozialisten und die Liberalen, die vom Standpunkt der katholischen Partei aus als die neuen politischen Gegner betrachtet wurden. Während 1883 Schaepman sich dagegen wandte, daß Katholiken, «die zu dieser Partei nicht gerechnet werden wollen, das Recht auf den Namen *«Katholik»* abgesprochen würde¹, erklärte dagegen 1924 Nolens: «Jeder Katholik findet in ihr (in der katholischen Partei) seinen Platz. In einer anderen Partei soll ein Katholik nicht zu Hause sein.»²

Es war diese letzte Meinung, die ganz mit der Auffassung der niederländischen Bischöfe übereinstimmte, die schon 1906 geschrieben hatten, es sei «ihr ernsthaftes und ausdrückliches Verlangen, die ihnen untergebenen Katholiken in den katholischen Organisationen zusammenzubringen und diese Einheit zu bewahren»³. Die Bischöfe meinten, daß sie so auch voll dem entsprächen, was Pius X. in einem Brief an die italieni-

schen Christdemokraten geschrieben hatte. In einem Schreiben an die überkonfessionelle französische Organisation *«Sillon»* wiederholte der Papst 1910 seine Auffassungen noch ausdrücklicher: «Die Führer des *«Sillon»* meinten, sie hätten deswegen, weil sie nur rein zeitliche Interessen verfolgten, das Recht, sich der Aufsicht der Hierarchie zu entziehen. Tatsächlich aber lag ihrem Programm eine moralische Einstellung zugrunde, auf deren Grundlage die Führer des *«Sillon»* meinten, christlich und katholisch zu sein. Weil dies aber deutlich ein Betreten religiösen Gebiets ist, muß dem Klerus hier eine Stimme gegeben werden. Die Verneinung eines solchen Anspruches der Geistlichkeit war ein schwerer Angriff gegen die Kirche selbst.»³

Katholische Kinder wurden schon früh mit dem engen Zusammenhang zwischen der Kirche und der politischen Einstellung der Katholiken konfrontiert, den es nach Wunsch der Leitung der niederländischen Kirche geben sollte. So kann man in einer Lesefibel der dreißiger Jahren für die Grundschulen lesen: «Ein guter Katholik gibt der katholischen Liste seine Stimme.»⁴ In Wahlzeiten äußerte man sich gelegentlich noch drastischer. So soll der Vorsitzende der katholischen Partei 1922 erklärt haben: «Eine sehr geringe Abweichung von der katholischen Politik kann zu einem Sterben außerhalb der katholischen Kirche und ohne katholische Beerdigung führen.»⁵

Bei einem solchen Kontext der Identifizierung zwischen der katholischen Kirche und dem politischen Standpunkt und Auftreten der katholischen Partei, wobei auch noch die Auffassung herrschte, die katholische Partei sei «eine unmittelbare Folge der Einheit, die kraft unserer römischen Glaubens- und Sittenlehre die gesamte Wirtschaft beherrscht»⁶, kann es kaum überraschen, daß in der niederländischen Katholischen Volkspartei Priester eine wichtige Rolle spielten. Auch wenn Männer wie Ariëns und Poels und mit ihnen viele andere Priester zwar keine unmittelbare politische Aufgabe hatten, übten sie dennoch einen großen politischen Einfluß aus. Und auch als die katholische Partei nach dem Zweiten Weltkrieg wegen der wirtschaftlichen Probleme und wegen des Niederganges der protestantischen Parteien nicht länger ohne die Zusammenarbeit mit den Sozialisten und/oder den Liberalen eine Regierungsmehrheit zustande bringen konnte, nahmen weiterhin Priester in der katholischen Partei wichtige Aufgaben wahr.

Da jetzt aber die katholische Partei mit Sozialisten und Liberalen zusammenarbeiten mußte und diese deshalb nicht mehr als diejenigen dargestellt werden konnten, «deren tiefere Grundsätze regelrecht gegen die katholischen Prinzipien gehen»⁷, wurde es einer wachsenden Zahl von Katholiken immer weniger plausibel und selbstverständlich, daß sie die katholische Partei wählen sollten. Sie schlossen sich daher auch immer mehr sowohl den Liberalen als auch den Sozialisten an.

Dies mißfiel nicht nur der katholischen Partei, sondern auch den Bischöfen. In ihrem «Mandement» von 1954 erklärten sie über die Mitgliedschaft in einer anderen Partei als der katholischen, «daß dies nicht der Weg ist, die Gesellschaft in einem christlichen Geist aufzubauen, und es ist unverantwortlich, einen solchen Weg zu gehen»⁸. Dieser Versuch der Bischöfe, die politische Einheit aller Katholiken wiederherzustellen, schlug fehl. Eine beträchtliche Anzahl von Katholiken meinte, ihr Gewissen verpflichte sie, diesem Wunsch ihrer Bischöfe keine Folge zu leisten.

Als dazu auch noch im Laufe der sechziger Jahre die Rolle der katholischen Partei als Interessenvertreterin der katholischen Vereine und Einrichtungen immer weniger selbstverständlich erschien, wurden immer mehr Stimmen laut, die die katholische Partei als überholt betrachteten. Im Laufe der siebziger Jahre intensivierte sich die Zusammenarbeit der katholischen Partei mit zwei protestantischen Parteien, und seit den Wahlen von 1981 bilden diese Parteien zusammen eine neue Partei, den sogenannten Christdemokratischen Appell (CDA), in dem dann auch die katholische Partei endgültig aufging.

In dieser Entwicklung war das politische Auftreten von Priestern und anderen kirchlichen Amtsträgern zu einer weitgehend allgemein akzeptierten Tradition geworden. Vielleicht um der katholischen Partei in dieser Hinsicht nicht nachzustehen, stellten auch andere Parteien katholische Priester und protestantische Prediger als ihre Kandidaten für die Volksvertretung auf. Möglicherweise wollte es die katholische Partei vermeiden, auf dieser Ebene als Monopolinhaberin zu erscheinen. Jedenfalls unternahm sie kaum etwas dagegen. Im Gegenteil: Man sah es als einen Beweis vollendeter Emanzipation an, daß prinzipiell jeder Bürger – und deshalb auch ein katholischer oder evangelischer Geistlicher – für jedes Amt ernannt werden konnte.

Die Haltung der kirchlichen Obrigkeit

Die kirchliche Obrigkeit hat den Priestern, die in den Niederlanden politische Aufgaben übernahmen, wenig Schwierigkeiten gemacht. Die zehn Priester, die Mitglieder des Parlaments waren, haben alle von ihrem Ordinarius die hierzu nach dem Codex notwendige Erlaubnis bekommen⁹. Soweit bekannt ist, hat bis vor kurzem auch niemals ein Bischof das Auftreten und das Stimmverhalten eines Priesters im Parlament kritisiert.

Das war gemessen an den jeweiligen Zeitverhältnissen keineswegs immer selbstverständlich. So hat Anfang dieses Jahrhunderts H. J. A. M. Schaepman als einziger Katholik für die Einführung der allgemeinen Schulpflicht votiert; und nur so kam die erforderliche Mehrheit knapp zustande. Auch für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und des allgemeinen Wahlrechts sprach er sich in einer Zeit aus, als dies alles von vielen Katholiken als ein Verstoß gegen Gottes Gesetze betrachtet wurde.

Hundert Jahre dauerte es, bis es auf dieser Ebene zwischen einem Bischof und einem Priester-Parlamentarier zu einem Konflikt kam. 1981 ließ der Bischof der Diözese Roermond, Dr. J. Gijzen, einen seiner Priester, M. G. G. J. Schreurs wissen, daß dieser seinen Sitz für den Christdemokratischen Appell in der Ersten Kammer (Senat) aufzugeben habe, weil er dem Regierungsvorschlag zur Liberalisierung der Abtreibungsgesetzgebung seine Stimme gegeben hatte. Dadurch konnte das Gesetz mit der kleinstmöglichen dazu erforderlichen Mehrheit angenommen werden. Persönlich möchte hier der Verfasser dieses Aufsatzes anmerken, daß er selbst nur deshalb nicht für diesen Gesetzesentwurf gestimmt hat, weil seiner Meinung nach das Gesetz in der Liberalisierung nicht weit genug geht und dadurch in der Praxis kaum durchsetzbar ist.

In seinem Schreiben an den Priester Schreurs fügte der Bischof dem Vorwurf, jener habe dem Gesetzesentwurf seine Stimme gegeben, hinzu, der Papst habe in letzter Zeit deutlicher als früher zu erkennen gegeben, daß er die Arbeit eines Priesters in einem Parlament nicht gerne sehe.

Da der Priester Schreurs erst nach Zustimmung der niederländischen Bischofskonferenz Mitglied des Parlaments geworden war, wandte er sich an die anderen Bischöfe. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Erzbischof von Utrecht,

Kardinal J. Willebrands: «Die katholischen Mitglieder der Ersten und Zweiten Kammer vertreten nicht die Kirche, sondern diejenigen, die sie gewählt haben. Selbstverständlich aber sind sie als Mensch und als Christ an die Prinzipien des Glaubens und der Ethik gebunden. Jeder Mensch, ob er jetzt Christ sei oder nicht, hat bestimmte ethische Einsichten und Grundsätze, die sein Urteilen und Handeln mitprägen. Für den Politiker kommt dazu die Frage, wie er seinen Grundsätzen in der Gesetzgebung und in der Regierung seines Landes Geltung verschaffen kann. In dieser Frage hat er auch ein persönliches Urteil, und er trägt eigene Verantwortung. Er darf von seinen Grundsätzen nicht abweichen, er muß aber auch die konkrete Situation kennenlernen und in dieser Situation die Möglichkeiten suchen, seine Grundsätze zum Wohl seines Landes zu verwirklichen. In diesem politischen und parlamentarischen Handeln trägt er vor seinem Gewissen gegenüber seinen Wählern und gegenüber Gott eine eigene, persönliche Verantwortung.»¹⁰

Diese Reaktion auch im Namen der anderen Bischöfe wurde allgemein als eine Distanzierung von der Haltung des Bischofs von Roermond betrachtet. Dennoch hielt dieser an seinem Standpunkt fest und weigerte sich, Schreurs seine Zustimmung dafür zu geben, daß dieser seinen Sitz im Parlament, in das er inzwischen wiedergewählt worden war, wieder einnahm. Der Bischof drohte sogar mit Suspendierung, falls er das doch tun sollte. In diesem Kontext schien es wenig Aussicht auf Erfolg zu haben, in Rom gegen die Entscheidung des Bischofs Berufung einzulegen, denn das Kirchenrecht spricht zwar von einer Pflicht, die entsprechende Erlaubnis einzuholen, nicht aber von einem Recht, sie auch zu bekommen. Dennoch scheint die Schlußfolgerung erlaubt zu sein, daß die übergroße Mehrheit der niederländischen Bischöfe und Ordensoberen es unter bestimmten Bedingungen für möglich und akzeptabel hält, daß Priester politisch auftreten.

Anderswo liegen die Dinge aber anders. So bat mich 1976, nachdem ich als Mitglied des Europäischen Rates in der Bundesrepublik an einer öffentlichen Diskussion teilgenommen hatte, der Bischof von Münster, «in Deutschland nicht mehr an politischen Versammlungen teilzunehmen». Damit kontrastiert aber sehr bitter die Tatsache, daß die bundesrepublikanischen Bischöfe die Gewohnheit haben, vor Bundestags-

wahlen ihre Meinung zu konkreten politischen Fragen auf eine solche Weise kundzutun, daß daraus unzweideutig ihre Vorliebe für die Christdemokraten ersichtlich ist. Es scheint ihnen auch zu entgehen, daß in Deutschland Priester die Predigt mißbrauchen, um Wahlempfehlungen für dieselben Christdemokraten abzugeben.

Zwar kommt es auch in den Niederlanden vor, daß Priester ihre Vorliebe für eine bestimmte politische Partei, die nicht unbedingt die der Christdemokraten sein muß, zum Ausdruck bringen. In den allermeisten Fällen verzichten sie aber darauf, von der Kanzel Wahlempfehlungen abzugeben. Da die niederländischen Katholiken ihre Wahlentscheidung in aller Freiheit zu treffen pflegen, könnte eine solche Wahlempfehlung von der Kanzel nicht unwidersprochen bleiben.

Die Nuntiatur

Es fällt auf, daß die Nuntiatur in den Niederlanden bis vor kurzem mit den katholischen Politikern der katholischen und zuletzt der christdemokratischen Partei, nicht aber mit katholischen Politikern aus anderen Parteien, regelmäßigen Kontakt unterhielt. Neuerdings haben aber diese formellen Kontakte aufgehört. Natürlich kann ich nicht beurteilen, ob sie informell weitergeführt werden.

Persönlich habe ich in den zehn Jahren, in denen ich der Volksvertretung angehöre, niemals erlebt, daß die Nuntiatur meinen Standpunkt und mein Verhalten im Parlament zu beeinflussen suchte. Wohl aber hat man katholische Minister als Mitglieder der römisch-katholischen Kirche angesprochen. Es ist hier sonnenklar, daß es sich dabei um Entscheidungen handelte, die sie als Minister zu treffen hatten. Wenn man aber berücksichtigt, wie detailliert Minister sich in unserem Land vor dem Parlament, in dem die Katholiken eine Minderheit sind, verantworten müssen, darf man redlicherweise annehmen, daß solche Versuche, Minister an ihre Verantwortung als Katholiken zu erinnern, ihr Handeln als Minister kaum beeinflußt haben.

Warum Priester im Parlament?

In unserer niederländischen Situation, in der seit vielen Jahren Priester für die katholische Partei tätig sind, lag der konkrete Anlaß dafür, daß ich als Priester politisch tätig wurde, gerade in der

Tatsache, daß ich mich mit der katholischen Partei *nicht* verbunden fühlte. Für ziemlich viele Katholiken war die katholische Partei unter anderem deshalb eine ihnen akzeptable Partei, weil viele Priester die Partei unterstützten und in ihr Aufgaben übernahmen. Für mich aber war es keineswegs einleuchtend, daß die katholische Partei auch die Politik vertrat, die von einem christlichen Standpunkt aus die annehmbarste war.

Seit 1901 war die katholische Partei fast ununterbrochen an der Regierung beteiligt gewesen. Die Gleichsetzung zwischen einer von Katholiken verantworteten Politik und der Politik der katholischen Partei war so total, daß die wenigen Katholiken, die anders wählten, als weniger katholisch gebrandmarkt wurden. Viele, besonders links orientierte Katholiken, wurden so von der Kirche entfremdet. Meine Verfügbarkeit für eine Aufgabe als Volksvertreter beruhte daher unter

anderem auch auf einer Solidarität mit den niederländischen Katholiken, die meiner Meinung nach zu Unrecht durch das negative Urteil, das die Bischöfe u.a. 1954 über ihre politische Entscheidung fällten, als Katholiken disqualifiziert waren. Nicht wenige haben mein politisches Auftreten von Anfang an auch so gesehen und eingeschätzt. Es handelt sich hier allerdings nur um den Anlaß.

Der tiefere Grund, weshalb ich mich in der Politik engagiert habe, ist meine Überzeugung, daß die Kirche auch einen politischen Auftrag hat und daß sich an diesem Auftrag auch Priester als diejenigen, die der Gemeinde Christi vorangehen sollen, beteiligen müssen. Unter anderem konkretisiert sich meiner Meinung nach diese politische Aufgabe im Widerstand gegen den Rüstungswettlauf und gegen die immer weiter getriebene Perfektionierung von alles vernichtenden Nuklearwaffen.

¹ H.J.A.M. Schaepman, Een katholieke partij. Proeve van een program (Utrecht 1883).

² So W.H. Nolens in der Debatte über den Haushalt 1925: Handelingen van de Tweede Kamer (1924).

³ Acta Apostolicae Sedis II (1909) 611.

⁴ So zu lesen in: Mensch en Maatschappij. Leesboek voor de hoogste klassen van de R.K. Lagere School ('s-Hertogenbosch 1933).

⁵ P.J. Oud, Het jongste Verleden. Parlementaire geschiedenis van Nederland II (Assen 1948) 42.

⁶ B. Kruitwagen, Verslagboek van de Tweede Katholiekendag 204.

⁷ Colson, Poels (Roermond/Maaseik 1955) 68.

⁸ Mandement van de Nederlandse bisschoppen (1954) 43. Priester im niederländischen Parlament:

Mgr. Dr. H.J.A.M. Schaepman (1844–1903), 1880–1903 Mitglied der Zweiten Kammer (kath. Partei).

Mgr. Dr. W. Everts (1827–1900), 1893–1894 Mitglied der Zweiten Kammer (kath. Partei).

Mgr. Dr. W.H. Nolens, 1896–1931 Mitglied der Zweiten Kammer (kath. Partei).

Dr. L.J.C. Beaufort OFM (1890–1965), 1937–1946 Mitglied der Zweiten Kammer, 1948–1963 Mitglied der Ersten Kammer (kath. Partei).

Dr. J.C. Stokman OFM (1903–1970), 1946–1967 Mitglied der Zweiten Kammer, 1967–1969 Mitglied der Ersten Kammer (kath. Partei).

J.A. Heijmans (1923–1974), 1971–1974 Mitglied der Zweiten Kammer (kath. Partei).

Dr. A.J. Agterberg OESA (1925–1977), 1973–1977 Mitglied der Ersten Kammer (Partei der Radikalen).

M.W.M. van Winkel OSB, 1975–1977 Mitglied der Zweiten Kammer (Partei der Radikalen).

Drs. M.G.G.J. Schreurs, 1980–1981 Mitglied der Ersten Kammer (Christdemokr. Appell).

Drs. D.A.Th. van Ooijen O.P., 1971 bis heute: Mitglied der Zweiten Kammer (Partei der Arbeit).

¹⁰ Informatie-bulletin van het Sekretariaat R.K. Kerkprovincie in Nederland 9 (Heft 10 vom 22. Juni 1981) 251.

¹¹ In der belgischen Zeitung «De Standaard» vom 29. Juni 1981 konnte man in einem Bericht über die Pilgerfahrt niederländischsprachiger Belgier an den Fluß Ijzer – eine alljährliche Demonstration, die eine Spitze gegen die französischsprachigen Landsleute hat – lesen: «Verpackt in Regemänteln ... hörte die Masse andächtig der Eucharistiefeyer zu. Die Messe wurde entsprechend dem Thema der Pilgerfahrt durch Priester aus den bedrohten Gebieten, aus der Voer, aus Komen, aus Brüssel und den Brüsseler Randgemeinden zelebriert.» Auch so kann man – ohne daß man sich dessen bewußt ist – als Priester Politik treiben und dies sogar noch im sakramentalen Dienst.

Aus dem Niederländischen übersetzt von Dr. Karel Hermans

DAVID VAN OOIJEN

1939 in Kwintshul, Niederlande, geboren. War Lehrer an Primar- und Sekundarschulen. 1961 Eintritt in den Dominikanerorden. 1968 Priesterweihe. Studium der Theologie an der Universität Nimwegen. 1971 Doctorandus der Theolo-

gie. Im selben Jahr für die «Partei der Arbeit» zum Mitglied der Zweiten Kammer der Generalstaaten (= Parlament der Niederlande) gewählt. 1973 – 1978 Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates sowie der Europäischen Gemeinschaft. Befaßt sich im Parlament hauptsächlich mit Angelegenheiten der Unterrichts- und Wissenschaftspolitik,

der Kultur und der Situation ethnischer Minderheiten. Vorsitzender des Interparlamentarischen Rates der Benelux-Staaten. Veröffentlichungen u. a.: *Social Aspects of Architectural conservation* (Council of Europe, Straßburg 1974); *Advanced Technology in Canada. The Consequences for Europe* (WEU, Paris 1974); *Advanced Technology in Israel.*

The Consequences for Europe (WEU, Paris 1977); *De identificatie van christelijke politiek en christendemocratische partijvorming.* In: *Mythe en Realiteit van christelijke politiek* (Baarn 1979). Anschrift: Parkstraat 35, NL-6828 JD Arnhem, Niederlande.

George Higgins

Die politische Rolle der katholischen Kirche in einem Land mit Common-Law-Tradition

Das gegenwärtige Kirchengesetz zur Frage des Engagements von Klerikern als politische Mandatsträger findet man im Codex Iuris Canonici, in erster Linie in Kanon 139, den Paragraphen 1, 2 und 4. Rosemary Smith SC, eine Doktorandin im Gebiet des kanonischen Rechts an der «Catholic University of America», hat diesen Kanon sorgfältig analysiert unter Berücksichtigung der Interpretationen der Kodex-Kommission von 1922, der Interpretationen der Konzilskongregation von 1927 und 1957 und der von Papst Paul VI. in seinem Motu Proprio «De Episcoporum Muneribus» von 1966. Smith kommt in diesem Abschnitt ihrer Arbeit zu folgender Schlußbemerkung: «Betrachtet man die Formulierung von Kanon 139 und die folgenden Interpretationen des Textes zusammen, so ergibt sich daraus, daß die offizielle Kirche Kleriker, die durch Wahl für ein politisches Amt bestellt wurden, recht negativ sieht und daß sie bereit ist, diese Haltung mit strengen Sanktionen zu untermauern.»¹

Während das Zweite Vatikanische Konzil und die Bischofssynode von 1971 eine offenere und missionarischere Sichtweise der Rolle der Kirche (und der Rolle des Klerus) in Beziehung zur Welt

betonten, behielten sie im wesentlichen die strenge Unterscheidung zwischen geistlichem Amt und weltlichen Tätigkeiten bei, zwischen den Aktivitäten, die wirklich zu den Aufgaben der Kleriker gehören, und solchen, die dem Bereich der Laien zugeordnet werden. Die Synode von 1971 ließ jedoch die Möglichkeit offen, daß unter außergewöhnlichen Umständen ein Kleriker ein politisches Mandat innehaben kann, unter der Voraussetzung der Zustimmung des Ortsordinarius nach Beratung mit dem Priesterrat und, falls notwendig, mit den nationalen oder regionalen Bischofssynoden. Aber da die Bischofssynode nach gegenwärtigem Recht lediglich eine beratende Körperschaft ist, ging keine spezifische Gesetzgebung aus der Versammlung von 1971 zu dem Thema, welches hier diskutiert wird, hervor. Das abschließende Dokument über «Das Amtspriestertum» brachte einfach nur die Auffassung der Synode zum Ausdruck, in deren Licht sich jegliche folgende Gesetzgebung gestalten sollte. Rosemary Smith beurteilt die vorgeschlagene neue Gesetzgebung, die im Schema «De Populo Dei» entworfen wurde, als sogar noch spezifischer und folglich noch einschränkender als die gegenwärtige. Ich teile die Meinung von Smith dahingehend, daß auch ich die vorgeschlagene Gesetzgebung für zu wenig flexibel und zu einschränkend halte. «Man sollte meinen», so kommt sie zum Schluß, «daß eine neue Gesetzgebung viel weiter gefaßt sein sollte, dabei sollte die Möglichkeit gegeben sein, daß spezielle Gesetze von den verschiedenen Bischofssynoden festgelegt werden. Ein solcher Ansatz könnte die Kirche besser dazu befähigen, die Würde und Absicht derer zu beschützen, die als ordinierte Geistliche tätig sind, sowie ihre eigene politische Unabhängigkeit, während sie zugleich das Beste der politischen Tradition des Landes aufnehmen könnte und für einen